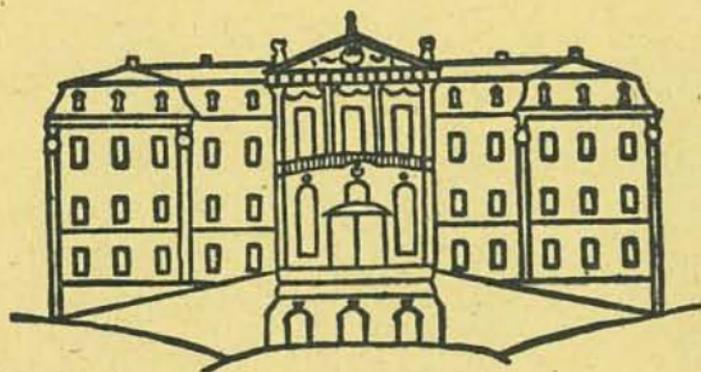


Hefte aus Burgscheidungen

Gerald Götting

# Politisch-ideologische Arbeit - Hauptfeld unseres Wirkens



186

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Eing.: 11. APR. 1973

Anlagen:

Hefte aus Burgscheidungen

---

St 4496

Gerald Götting

**Politisch-ideologische Arbeit -  
Hauptfeld unseres Wirkens**

1973

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der  
Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

St 113 b-j

*Text der Vorlesung, die der Parteivorsitzende am 4. Januar 1973 auf dem Seminar für hauptamtliche Mitarbeiter der Bezirkssekretariate und Kreissekretäre der CDU an der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Burgscheidungen hielt*

Zu Beginn des neuen Jahres versammelt das Sekretariat des Hauptvorstandes die Kreissekretäre unserer Partei und die verantwortlichen politischen Mitarbeiter der Bezirkssekretariate in der Zentralen Schulungsstätte, um mit ihnen gemeinsam die Aufgaben zu beraten, die 1973 zu lösen sind. Die klare Orientierung dafür hat uns der 13. Parteitag vermittelt. Maßstab unserer Arbeit im neuen Jahr wird es sein, wie wir seine Beschlüsse erfüllen und damit dem gesellschaftlichen Auftrag unserer Partei entsprechen. So hat der Hauptvorstand in seiner II. Sitzung das Ziel unseres Wirkens im Jahre 1973 bestimmt.

Der 13. Parteitag hat erwiesen, daß die Christlich-Demokratische Union Deutschlands entschlossen und in der Lage ist, die neuen Aufgaben, die sich für sie aus den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED ergeben, als fester Bestandteil der Nationalen Front unter Führung der Partei der Arbeiterklasse erfolgreich zu bewältigen. Die gesellschaftliche Entwicklung in unserer Republik, die Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft unter der Führung der Sowjetunion, der Kampf gegen den Imperialismus und um die Sicherung des Friedens in Europa sind in eine neue Phase eingetreten. Die Bedeutung unseres Parteitages besteht darin, daß er in diesem neuen Abschnitt der Entwicklung den Standort der CDU bestimmt und ihren Kurs festgelegt hat — aufbauend auf den bewährten Grundsätzen unserer Arbeit und orientiert auf das Neue in den gesellschaftlichen Prozessen unserer Zeit.

Der Parteitag hat gezeigt, daß die CDU über alle Voraussetzungen verfügt, ihre Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Ehren zu erfüllen. Er hat überzeugend veranschaulicht, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik unsere Heimat, unsere Zukunft erblicken, für die wir zu jeder Zeit und in jeder Weise einstehen. Er bewies die Einheit von Parteiführung und Mitgliedschaft, ihre Einmütigkeit in den Auffassungen zu den politischen Grundfragen, ihre Geschlossenheit im Handeln für die Lösung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED. Parteilich und offensiv hat der Parteitag zu den politisch-ideologischen Problemen Stellung genommen, die gegenwärtig zu klären sind. Er hat reiches Material erbracht und gute Grundlagen geschaffen, die Wirksamkeit unserer Arbeit

weiter zu erhöhen. Überall in unserer Partei haben die Parteitagsbeschlüsse lebhaften Widerhall gefunden und neue Aktivität ausgelöst. Auch in der demokratischen Öffentlichkeit fanden die Ergebnisse des Parteitages starke Beachtung und hohe Anerkennung.

Am 12. Dezember 1972 hat das Präsidium des Hauptvorstandes dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, unserem Freund Erich Honecker, über Verlauf und Ergebnis unseres Parteitages berichtet. In diesem Gespräch, das in einer sehr herzlichen und kameradschaftlichen Atmosphäre stattfand, konnten wir feststellen, daß wir in Erfurt eine überzeugende, positive Antwort auf die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED gegeben, daß wir dort die Bereitschaft und Fähigkeit der christlichen Demokraten bekundet haben, mit ganzer Kraft die Hauptaufgabe verwirklichen zu helfen und damit zur allseitigen Stärkung unseres sozialistischen Staates beizutragen.

Unser 13. Parteitag — so konnten wir auf dem Empfang bei Erich Honecker erklären — hat Zeugnis davon abgelegt, daß die staatsbürgerliche Verantwortung unserer Mitglieder, daß der Grad ihrer inneren Verbundenheit mit unserer Republik, mit der Sache der Arbeiterklasse und aller Werktätigen weiter gewachsen sind. Mit zunehmender Bewußtheit stellen sich unsere Freunde und mit ihnen ungezählte parteilose christliche Bürger aus den mit der Arbeiterklasse verbündeten Schichten in den Dienst am gesellschaftlichen Ganzen, um sich auf solche Weise als Christen wie als sozialistische Staatsbürger zu bewähren. In steigendem Maße sind unsere Mitglieder willens und imstande, alle Fragen vom Gesichtspunkt des Nutzens für den Sozialismus aus anzupacken und zu lösen.

Mit großer Freude hat es uns erfüllt, daß unser Freund Erich Honecker in unserer Begegnung die Arbeit der CDU als wirksamen Beitrag gewürdigt hat, die politisch-moralische Einheit unseres Volkes zu festigen, die Deutsche Demokratische Republik zu stärken, die unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft weiter zu vertiefen. Die Ergebnisse des 13. Parteitages der CDU — so hob Erich Honecker hervor — stimmen mit der Generallinie des VIII. Parteitages der SED überein und sind ein maßgeblicher Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe. Anerkennend sprach der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeiterklasse von dem politischen Verantwortungsbewußtsein, das unseren Parteitag gekennzeichnet hat, und von den vielfältigen

Initiativen, mit denen unsere Freunde tatkräftig an der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft mitwirken.

Die Diskussionen und Beschlüsse des 13. Parteitages — so unterstrich Erich Honecker — haben die Gewißheit vermittelt, daß die Mitglieder der CDU durch ihre aktive und schöpferische Mitarbeit in der Nationalen Front alles daransetzen werden, als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens immer bewußter ihren Beitrag für unser sozialistisches Vaterland und seine Friedenspolitik zu leisten. Mit diesem Begriff vom sozialistischen Staatsbürger christlichen Glaubens ist umrissen, was uns in unserer gesellschaftlichen Entscheidung und Aktivität bewegt und vorwärtsführt:

- die spezifische Motivation unserer Haltung, beruhend auf den sozialen Konsequenzen aus christlichem Glauben und christlicher Ethik, auf den Schlußfolgerungen aus den progressiven Traditionen des humanistischen Wirkens von Christen im Sinne des Friedens und der Brüderlichkeit,
- zugleich aber auch unsere Hinwendung zum Sozialismus, unser Zusammengehen mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei als der führenden Kraft der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, die feste innere Bindung an unseren sozialistischen Staat, an seine freundschaftliche Zusammengehörigkeit mit der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft,
- schließlich und vor allem unsere Bereitschaft, mit Taten für die Sache unseres sozialistischen Vaterlandes einzustehen, die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wirksam zu unterstützen und alles dafür zu unternehmen, daß die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik, der UdSSR und aller anderen Bruderländer im Kampf gegen den Imperialismus zum Erfolg geführt wird.

Daß der führende Repräsentant der Partei der Arbeiterklasse den Weg und das Wirken unserer Partei so verständnisvoll und anerkennend eingeschätzt hat, verpflichtet uns zu neuen Leistungen im Sinne der Beschlüsse unseres Parteitages. Sie haben die Kraft der christlichen Demokraten auf die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik gelenkt, das heißt konkret

- auf schöpferische Beiträge zur Lösung der Hauptaufgabe und in untrennbarer Einheit damit
- auf die aktive Mitverantwortung für alle Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, das Fünf-Punkte-Konzept des

VIII. Parteitages der SED zur Sicherung des Friedens zu erfüllen.

Damit werden wir der Bündnispflicht gerecht, die sich für uns aus dem weiteren Wachstum der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, aus der zunehmenden Mitverantwortung der christlichen Demokraten wie aller anderen demokratischen Kräfte ergibt. Auf unserem 13. Parteitag haben wir das Bekenntnis zum geschichtlich erprobten Prinzip der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei erhärtet, haben wir die Erkenntnis vom gesetzmäßigen Wachstum dieser Führungsfunktion als objektives Erfordernis unserer gesellschaftlichen Entwicklung tiefer begründet. Gestützt auf unsere eigenen Erfahrungen, haben wir in Erfurt zwei grundlegende Erkenntnisse herausgearbeitet und bestätigt:

- Je umfassender die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ihre führende Rolle entwickelt, um so größer ist der Nutzen, der sich daraus für alle Werktätigen ergibt.
- In dem gleichen Maße, wie die Führungspositionen der Arbeiterklasse und ihrer Partei gestärkt werden, wachsen auch die Aufgaben und die Möglichkeiten der Bündnispartner, die Entwicklung der ganzen Gesellschaft durch schöpferische Beiträge, durch eigene Vorschläge und neue Leistungen zu bereichern.

Den dialektischen Zusammenhang zwischen diesen Feststellungen wollen wir allen, die auf das Wort unserer Partei hören, immer wieder überzeugend nachweisen. Dabei hilft uns in hohem Maße die kontinuierliche Zusammenarbeit der SED mit allen anderen in der Nationalen Front vereinten Kräften — eine Zusammenarbeit, die sich heute in einer neuen Qualität des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses und des gemeinsamen Handelns entwickelt.

In der Aussprache mit dem Präsidium des Hauptvorstandes hat Erich Honecker erneut darauf verwiesen, daß die Grundlage der gemeinsamen Erfolge das bewährte Bündnis der führenden Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern, mit der sozialistischen Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten darstellt. Auf diesem festen Fundament, so versicherte er, wird die SED die Zusammenarbeit mit den befreundeten Parteien fortsetzen und weiter vertiefen. Diese Erklärung bestärkt uns christliche Demokraten in dem festen Vorsatz, mit erhöhter Aktivität an der Lösung der Grundfragen der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Republik teilzunehmen.

Die Linie dafür hat der VIII. Parteitag der SED vorgezeichnet. Sie hat sich in den eineinhalb Jahren, die seither vergangen sind, als richtig erwiesen. Das strategische Konzept der Gesellschaftspolitik, das die Partei der Arbeiterklasse festgelegt hat, entspricht den Interessen aller Werktätigen. Das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes weiter zu heben und zu diesem Zweck das Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion zu beschleunigen, die Effektivität unserer Volkswirtschaft zu erhöhen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchzusetzen und die Arbeitsproduktivität zu steigern — das ist, wie sich im Leben gezeigt hat, von unmittelbarem Nutzen für die gesamte Bevölkerung.

Daß in diesem Sinne das Ziel der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED und der Weg zu ihrer Lösung eine Einheit bilden, erkennen unsere Freunde in wachsendem Maße, und sie lassen diese Einsicht zur Tat werden, indem sie im sozialistischen Wettbewerb an ihrem Arbeitsplatz und im gesellschaftlichen Leben ihres Wohngebiets neue Leistungen vollbringen. So haben sie Anteil daran, daß es bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED und unseres 13. Parteitages gut und erfolgreich vorangeht — und so wirken sie gleichzeitig daran mit, die Grundlagen des Bündnisses der Arbeiterklasse mit allen anderen werktätigen Klassen und Schichten, die Grundlagen der freundschaftlichen Zusammenarbeit der SED mit allen anderen Kräften der Nationalen Front in der Praxis des umfassenden sozialistischen Aufbaus ständig weiter zu festigen.

Das Bündnis der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit allen anderen politischen und sozialen Kräften unserer Gesellschaft ist ja keine statische Größe, kein ein für allemal gegebener und unveränderlicher Zustand — dieses Bündnis ist ein gesellschaftliches Verhältnis, das in der Praxis ständig neu hergestellt, bestätigt und auf jeweils höherer Stufe weiterentwickelt wird. Die Verwirklichung der Bündnispolitik ist also ein historischer Prozeß, der — wie sämtliche gesellschaftlichen Prozesse unter sozialistischen Bedingungen — auf dem bewußten Handeln der Arbeiterklasse und aller Werktätigen beruht. Er wird von der Partei der Arbeiterklasse zielklar gelenkt und geleitet, nimmt im gemeinsamen Wirken aller gesellschaftlichen Kräfte Gestalt an und entspricht dem Sinn des Sozialismus: Nichts geschieht um seiner selbst willen — alles dient dem Wohl des Menschen, dem Glück des Volkes, den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Mit diesem Ziel vereinen unter der Führung der SED in der Nationalen Front der DDR die Parteien und Massenorga-

nisationen ihre Anstrengungen, um ihre Mitglieder und über sie die mit ihnen Sympathisierenden und letztlich alle Bürger zur aktiven Mitgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu gewinnen und zu mobilisieren. Das ist der Zusammenhang, aus dem der gesellschaftliche Auftrag unserer Partei innerhalb der Nationalen Front erwächst: Bürgern christlichen Glaubens aus den der Arbeiterklasse verbündeten Schichten die grundsätzliche Übereinstimmung ihrer Interessen mit denen der Arbeiterklasse und der gesamten sozialistischen Gesellschaft überzeugend zu erläutern, von solchen Erkenntnissen her ihr sozialistisches Staatsbewußtsein weiter herausbilden und festigen zu helfen, sie zu neuen Taten für die allseitige Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik zu veranlassen.

Damit sind zugleich der Inhalt und der Rang charakterisiert, die der politisch-ideologischen Arbeit zukommen. Sie bildet den Schwerpunkt in der gesellschaftlichen Aktivität unserer Partei wie aller anderen demokratischen Kräfte. Die politisch-geistige Auseinandersetzung — das haben wir auf unserem 13. Parteitag abermals deutlich gemacht — ist das entscheidende Feld unserer Parteiarbeit. Unsere Vorstände führen diese Auseinandersetzung mit dem Ziel, das sozialistische Staatsbewußtsein unserer Mitglieder zu stärken, sie dahin zu führen, daß sie sich mitverantwortlich wissen für die Entwicklung der Bündnisgemeinschaft mit der Sowjetunion und den sozialistischen Bruderländern insgesamt, und unsere Freunde tätig teilhaben zu lassen an der geistigen Offensive des Sozialismus gegen den Imperialismus. In solchem Sinne hat die Konferenz des Zentralkomitees der SED zu den Problemen der Agitations- und Propagandaarbeit auch für uns eine große Bedeutung.

Entsprechend dem gesellschaftlichen Auftrag unserer Partei setzen wir uns zum Ziel, die vom christlichen Glauben und von der christlichen Ethik gesellschaftlich inspirierten Bürger in die Mitarbeit an der Gestaltung des entwickelten Sozialismus einzubeziehen und auf diese Weise die politisch-moralische Einheit unseres Volkes zu stärken. Dabei leitet uns die Erkenntnis, daß unter sozialistischen Bedingungen die besten Möglichkeiten gegeben sind, die Schlußfolgerungen aus christlichem Glauben und christlicher Ethik in der gesellschaftlichen Praxis zu befolgen und zu vollziehen. Diese Erkenntnis, die wir aus langjähriger Aktivität an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei gewonnen haben, wollen wir innerhalb der Nationalen Front an parteilose christliche Bürger in größtmöglichem Umfang weitergeben. Die beträcht-

lichen und für jedermann spürbaren Auswirkungen des VIII. Parteitages der SED in der Gesellschaftspolitik ebenso wie in der Außenpolitik unseres Staates geben uns dazu die denkbar besten Voraussetzungen.

Noch nie hat ein Christ, der die Gebote der Nächstenliebe und der Friedensliebe ernst nimmt, sich in der Gesellschaft so umfassend im Sinne dieser Verpflichtungen betätigen und bewähren können wie heute im Sozialismus. Hier sind die unseligen Verhältnisse der Ausbeutung und Unterdrückung überwunden, die in der von Klassegegensätzen zerrissenen Gesellschaft seinem Eintreten für das Glück des Menschenbruders und für eine Welt ohne Krieg so enge Schranken setzen. Hier, im Sozialismus, kann er Christ sein mit allen Folgerungen, die sich daraus für sein gesellschaftliches Verhalten ergeben. Hier kann er in tätiger Solidarität mit allen anderen Kräften der Gesellschaft verantwortlich teilnehmen an der Errichtung einer Ordnung, die von ihren Prinzipien her wahrhafte Mitmenschlichkeit verbürgt. Hier weiß er sich durch sein Handeln für den Sozialismus beteiligt an der zunehmenden Durchsetzung einer erfolgreichen Friedenspolitik und an der Entstehung einer neuen Völkergemeinschaft, die sich in Gestalt des sozialistischen Staatenbündnisses in enger Geschlossenheit um die Sowjetunion herausbildet.

Vor zwei Wochen erst, aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der UdSSR, hat sich die Sowjetunion erneut als Vorkämpferin des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern erwiesen. Von der großen Festsitzung aus, die zur Feier dieses Jubiläums nach Moskau einberufen worden war, haben sich die Abgesandten von mehr als hundert Nationen und Völkerschaften im Lande Lenins gemeinsam mit ihren ausländischen Gästen in einer Botschaft des Friedens, der Freundschaft und der Brüderlichkeit an die Völker der Welt gewandt. Mit Stolz konnten sie in diesem historischen Dokument darauf hinweisen, daß im Sowjetland dank der Arbeiter-und-Bauern-Macht, dank der sozialistischen Revolution eine von Ausbeutung freie Gesellschaft gestaltet und das Zusammenleben zwischen den Völkern auf der Grundlage von Vertrauen, Freundschaft und brüderlicher Einheit organisiert werden konnte. Mit Genugtuung kann der Appell daran erinnern, daß die Sowjetunion in den fünf Jahrzehnten ihres Bestehens unbeirrbar an der Seite jener stand, die für Freiheit und Glück der Völker kämpfen. In der Tat beflügelt das Beispiel des Sowjetvolkes alle Kämpfer für Frieden und nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und sozialen Fortschritt.

Aber noch immer verschuldet der Imperialismus Hunger und Elend, soziale Ungerechtigkeit und nationale Unterdrückung, noch immer drangsaliert er das vietnamesische Volk, hält er widerrechtlich arabisches Territorium besetzt. Auch diese Tatsache ruft die Moskauer Friedensbotschaft mahnend in die Erinnerung. Deswegen wenden sich die Vertreter des Sowjetvolkes an die Völker der Welt, an alle Menschen — unabhängig von ihrer Nationalität, ihrem Glaubensbekenntnis und ihrer Hautfarbe — mit dem Aufruf, ihre Kräfte zusammenzuschließen und in vereinten Anstrengungen dafür zu kämpfen, daß der Frieden erhalten und gefestigt wird, daß die Kriegsgefahr und die Herde imperialistischer Aggression beseitigt werden, daß die Unabhängigkeit der national befreiten Länder gestärkt und die koloniale Unterdrückung vollständig überwunden wird, daß soziales Unrecht und nationale Ungleichheit ausgemerzt, daß die kulturellen und moralischen Werte der Menschheit vor allen reaktionären Ideologien verteidigt werden, daß die natürliche Umwelt des Menschen erhalten und wiederhergestellt wird.

Das sind Forderungen, die uns christlichen Demokraten um des Friedens und um der Menschlichkeit willen aus dem Herzen gesprochen sind. Wir unterstützen sie in der Gewißheit, daß die weitere Festigung der Positionen des Sozialismus in der Welt, zu der unsere Republik in so hohem Maße beiträgt, die beste Gewähr für den Frieden auf Erden, für die Freiheit der Völker, für neue Maßnahmen zu internationaler Entspannung, zu Abrüstung und friedlicher Koexistenz darstellt. Dazu wollen wir mit ganzer Kraft unseren Beitrag leisten, damit die hohen und humanen Ziele, von denen die Friedensbotschaft aus Moskau spricht, in Erfüllung gehen.

Mit diesem Appell bleibt die Sowjetunion dem Gesetz treu, nach dem sie vor einem halben Jahrhundert geschichtlich angetreten ist. Die Veranstaltungen zu ihrem 50. Gründungstag, gipfelnd in der Moskauer Festsitzung, bestätigten eindrucksvoll, daß die Sowjetunion unbeirrbar das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU in die Tat umsetzt. Dabei kann sie ausgehen von ihrer zunehmenden ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Leistungskraft, von ihrer wachsenden militärischen Verteidigungsmacht, von ihrer steigenden internationalen Autorität, aber auch von der ständigen Festigung der politischen Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft, die immer enger um die UdSSR zusammenrückt und immer erfolgreicher die gemeinsam abgestimmte außenpolitische Generallinie des Kampfes um Frieden und friedliche Koexi-

stenz verwirklicht. So wurden die Festsitzung in Moskau und die Festveranstaltungen in vielen anderen Ländern der Erde zu einer überzeugenden Demonstration der internationalen Aktionseinheit und der zuversichtlichen Siegesgewißheit aller Friedens- und Fortschrittskräfte.

Für uns in der Deutschen Demokratischen Republik ist die Freundschaft mit der Sowjetunion schon längst zu einem festen Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens und Handelns geworden, zum unverrückbaren Fundament unserer Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, zur Grundvoraussetzung dafür, daß die Interessen und Ziele unseres Staates und aller seiner Bürger verwirklicht werden können. Der Geist dieser unverbrüchlichen Freundschaft, die zur kraftspendenden und richtunggebenden Realität unseres sozialistischen Lebens wurde, bestimmte den Inhalt der vielfältigen Aktivität, mit der wir christlichen Demokraten an der Vorbereitung und Durchführung des 50jährigen Jubiläums der Sowjetunion teilgenommen haben. Wenn Erich Honecker in seiner Ansprache auf der Moskauer Festsitzung die Sowjetunion als Leitstern für die gesamte Menschheit bezeichnet hat, als Beispiel und Gewißheit des Sieges im Kampf für eine neue Welt, so hat er damit eine geschichtliche Wahrheit ausgesprochen, die wir christlichen Demokraten aus eigener Erfahrung und Überzeugung nur bestätigen können und die wir uns als Grundelement des politischen Wollens und Wirkens unserer Partei zu eigen gemacht haben.

Dem Zusammenstehen mit der Sowjetunion, dem eng mit ihr koordinierten Vorgehen in der Außenpolitik, dem gemeinsam vereinbarten Weg der Produktions- und Forschungs-kooperation, dem Verteidigungsbündnis mit der UdSSR im Rahmen der Militärkoalition des Warschauer Vertrages verdanken wir in hohem Maße die großen Fortschritte, die unsere Republik in den vergangenen eineinhalb Jahren bei der Verwirklichung des Friedenskonzepts des VIII. Parteitages der SED erreichen konnte. Die außenpolitische Stärke unseres Staates, die aus der Stabilität seiner sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse und aus seiner Einordnung in die sozialistische Staatengemeinschaft erwächst, ist heute für jedermann offensichtlich. Wir sind auf gutem und zukunftssicherem Wege, und auf ihm schreiten wir zielstrebig vorwärts. Im Rückblick auf das Jahr 1972 konnte die 8. Tagung des Zentralkomitees der SED feststellen, daß es als das Jahr des Durchbruchs der DDR zu weltweiter internationaler Anerkennung in die Geschichte eingehen wird.

Gleichberechtigt beteiligt sich unsere Republik an den multilateralen Konsultationen zur Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Die Aufnahme unseres Staates in Spezialorganisationen der Vereinten Nationen und in andere UNO-Gremien, die Einrichtung Ständiger Beobachtermissionen der DDR in New York und in Genf sind die Vorläufer ihres baldigen Beitritts und ihrer umfassenden gleichberechtigten Mitarbeit in der Weltorganisation. Die Kette der nicht-sozialistischen Staaten, die unsere Republik völkerrechtlich anerkennen und normale diplomatische Beziehungen zu ihr aufnehmen, reißt nicht mehr ab. Die BRD hat nach der Unterzeichnung des Transitabkommens und nach der Ratifizierung des Verkehrsvertrages mit der DDR nunmehr mit uns den Vertrag über die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen abgeschlossen, dessen Ratifizierung jetzt auf der Tagesordnung steht. Das Verhältnis zwischen unserer Republik und Westberlin hat sich auf der Grundlage der dazu vereinbarten Abkommen und Abmachungen zusehends normalisiert.

Die Verträge und Vereinbarungen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik und mit Westberlin ordnen sich ein in ein ganzes Geflecht von völkerrechtlichen Verträgen und Abkommen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder mit kapitalistischen Staaten, das in den vergangenen zweieinhalb Jahren zustande gekommen ist. An erster Stelle sind hier die Verträge der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen mit der BRD sowie die Abkommen und Vereinbarungen der UdSSR mit den USA, mit Frankreich und anderen kapitalistischen Ländern zu nennen. Gemeinsam ist allen diesen völkerrechtlichen Dokumenten, daß sie auf die Initiative der Sowjetunion und der ihr verbündeten sozialistischen Staaten zurückzuführen sind. Sie bezeugen den wachsenden Einfluß der sozialistischen Staatengemeinschaft in der Weltarena und sind das Ergebnis der nicht mehr umkehrbaren Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus. Sie bestätigen die politischen und territorialen Realitäten, die sich im Gefolge des zweiten Weltkrieges herausgebildet haben, und markieren damit den Abschluß der Nachkriegsperiode. Sie fördern die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten gegensätzlicher Gesellschaftsordnung. Sie gewährleisten weitere Fortschritte im Prozeß der Entspannung und der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen, beruhend auf Gleichberechtigung und gegenseitigem Vorteil. Sie liegen also

im Interesse aller, denen es um Frieden in der Welt und um Sicherheit in Europa zu tun ist.

Gescheitert ist das globalstrategische Konzept des Imperialismus, die Sowjetunion und ihre Bruderländer diplomatisch und militärisch einzukreisen und die sozialistische Gesellschaftsordnung zu liquidieren. Unwiderruflich bankrott gegangen ist die imperialistische Politik der Stärke und des kalten Krieges gegen den Weltsozialismus. Zusammengebrochen ist die revanchistische Politik der offenen reaktionären Kreise in der Bundesrepublik, die mehr als 20 Jahre lang das Streben nach Veränderung der Nachkriegsgrenzen und nach internationalem Boykott der DDR zur Staatsdoktrin erhoben hatten. Durchgesetzt hat sich die Friedensstrategie der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft, als deren unlöslicher Bestandteil unsere Republik ihr Friedenskonzept verwirklicht. Durchgesetzt haben sich auch im Verhältnis zwischen der DDR und der BRD die Prinzipien der souveränen Gleichheit beider Staaten, der Unverletzlichkeit der Grenzen, des Gewaltverzichts und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates — also die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die ein normales Nebeneinander mit dem Ausblick auf ein gutnachbarliches Miteinander ermöglichen, wenn der Grundlagenvertrag ratifiziert und mit Leben erfüllt wird.

Unser Bestreben war es und bleibt es, daß die DDR und die BRD ungeachtet ihrer gegensätzlichen Gesellschaftsordnung in Frieden miteinander leben und zu ihrem Teil die europäische Entspannung fördern. Solange in der Bundesrepublik die CDU/CSU regierte, die sich noch heute der Anerkennung des Status quo mit allen Mitteln widersetzt, war die Verwirklichung dieser Absicht nicht möglich. Die SPD/FDP-Regierung hat ein größeres Maß an Einsicht in die Realitäten an den Tag gelegt. Aus den Wandlungen im internationalen Kräfteverhältnis zog sie den Schluß, daß es auch im Interesse der Bundesrepublik geboten ist, sachliche Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern zu entwickeln. Das entspricht der Linie der SPD, flexibler als die unverbesserlichen kalten Krieger auf die neue Lage zu reagieren und dadurch zur Stabilisierung des imperialistischen Systems nach innen und außen beizutragen. Dadurch unterscheidet sich der Sozialdemokratismus taktisch und methodisch von der konservativen Politik, die von der CDU/CSU-Führung betrieben wird. Insgesamt handelt es sich — klassenmäßig betrachtet — um zwei unterschiedliche Varianten der gleichen strategischen Zielsetzung, die auf den Versuch hinausläuft,

die internationale Klassenauseinandersetzung zugunsten des Imperialismus zu entscheiden. Von den unbelehrbaren Revanchepolitikern unterscheiden sich die sozialdemokratische Führung und die hinter ihr stehenden Kreise der kapitalistischen Gesellschaft dadurch, daß sie sich von einer Anpassung an die neuen Gegebenheiten und von den Mitteln der politisch-ideologischen Infiltration größere Erfolgsaussichten im Kampf gegen den Sozialismus versprechen als von einem Amoklauf gegen die Realitäten, der nur dazu angetan sein könnte, das imperialistische System als Ganzes aufs Spiel zu setzen.

Imperialismus bleibt Imperialismus. Am Wesen seines Systems ändert sich nichts — auch dadurch nicht, daß er heute gezwungenermaßen aus der Defensive heraus handelt. Der Imperialismus als System bleibt der geschworene Feind der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, er bleibt der aggressive Widersacher des Sozialismus. Gerade weil die historische Initiative in der Welt entsprechend dem Charakter unserer Epoche auf den Sozialismus übergegangen ist, verstärken sich die dem Imperialismus innewohnenden Tendenzen zu politischen Provokationen, zu militärischen Abenteuern, ja zu barbarischer Aggression. Gerade in diesen Tagen waren wir Zeugen einer ungeheuerlichen Eskalation der amerikanischen Kriegsverbrechen gegen das heldenhaft kämpfende vietnamesische Volk. Bedenkenlos brach USA-Präsident Nixon nach seiner Wiederwahl das Wort, das er den Repräsentanten der Demokratischen Republik Vietnam gegeben hatte. Indem er eine bisher nicht dagewesene Steigerung des Bombenterrors gegen die DRV befahl, beschwor er neues unsägliches Leid über Hunderttausende von Menschen herauf.

Eine Welle der Empörung und des Abscheus gegen den amerikanischen Imperialismus, eine neue Welle aktiver Solidarität mit dem tapferen und unbezwinglichen vietnamesischen Volk geht seitdem um den Erdball. Autoritative Persönlichkeiten der Weltchristenheit wie Papst Paul VI., der Nationalrat der Kirchen Christi in den Vereinigten Staaten, der Britische Kirchenrat, viele weitere namhafte Repräsentanten und Gremien des kirchlichen Lebens erhoben ihre Stimme gegen die unmenschlichen Greuelthaten des amerikanischen Imperialismus. Inzwischen hat der Sturm des internationalen Protests den Präsidenten der USA gezwungen, die Bombenüberfälle auf das DRV-Territorium nördlich des 20. Breitengrades einstellen und neue Verhandlungen mit den Vertretern der DRV ankündigen zu

lassen. Gemeinsam mit allen Friedenskräften verlangen wir christlichen Demokraten mit allem Nachdruck, daß die verbrecherischen Aggressionshandlungen der USA gegen die Demokratische Republik Vietnam sofort eingestellt werden und daß der amerikanische Präsident das bereits vereinbarte Abkommen mit der DRV unverzüglich unterzeichnen läßt, damit endlich Frieden in Vietnam einkehrt und damit das vietnamesische Volk frei und unabhängig über sein Geschick bestimmen kann!

Für Illusionen über den Charakter des imperialistischen Systems und über die Gefährlichkeit der imperialistischen Politik besteht keinerlei Anlaß. Die Gegensätze zwischen Sozialismus und Imperialismus werden auch durch zwischenstaatliche Vereinbarungen nicht aus der Welt geschafft. Die internationale Klassenauseinandersetzung geht in aller Schärfe weiter. Sie verläuft auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Formen. Die Politik der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft verbindet das Streben nach friedlicher Regelung herangereifter internationaler Probleme mit dem entschlossenen Widerstand gegen die imperialistische Aggressionspolitik. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die von der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft im Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern verfochten werden, zielen darauf ab, daß die ihrem Wesen nach unvermeidliche Klassenauseinandersetzung nicht in die Bahnen kriegerischer Konflikte gelenkt, sondern mit nicht-militärischen Mitteln ausgetragen wird. Wichtige Instrumente dieser Politik der friedlichen Koexistenz sind die Verträge und Abkommen mit kapitalistischen Ländern, die auf Initiative der UdSSR beschlossenen Resolutionen der XXVII. UNO-Vollversammlung zu wichtigen Problemen der internationalen Friedenssicherung und nicht zuletzt die Maßnahmen zur Vorbereitung der europäischen Staatenkonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit.

An der ideologischen Front jedoch gibt es keine Koexistenz, keine Waffenruhe und keine Windstille. Die zunehmende Ausstrahlungskraft und Beispielwirkung des real existierenden Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatenfamilie fördern die geistige Offensive des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus. Auf der anderen Seite intensiviert der staatsmonopolistische Kapitalismus seine Versuche, ideologisch in die sozialistischen Staaten einzudringen. Die politischen und sozialökonomischen Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus werden

durch die Verträge und Vereinbarungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ebensowenig eingeplant wie die Unvereinbarkeit zwischen sozialistischer und bürgerlicher Ideologie. Das gilt selbstverständlich auch für das Verhältnis zwischen unserer Republik und der BRD. Daraus haben wir nie ein Hehl gemacht — die Bonner Seite übrigens auch nicht. Bundeskanzler Brandt erklärte in seiner Ansprache über die Fernseh- und Rundfunkstationen der Bundesrepublik aus Anlaß der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages am 21. Dezember 1972: „Es kann nicht unsere Absicht sein, die ideologischen Differenzen zur DDR zu verschweigen oder zu verniedlichen, sie sind fundamental und werden es nach menschlichem Ermessen bleiben.“ Eine Woche zuvor hatte er in einem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI die Frage, ob der sogenannte „Wandel durch Annäherung“ dazu führe, daß sich „dadurch die Gesellschaft auf beiden Seiten... verändern“ werde, mit der Feststellung beantwortet: „... die fundamentalen Gegensätze zwischen den politischen Ordnungen bleiben unberührt... die gegensätzlichen Positionen bleiben unvereinbar.“ Solcher und ähnlicher Äußerungen gibt es viele.

Es wäre also mehr als illusionär, wollte man annehmen, der Abschluß von Verträgen mit der BRD oder mit anderen kapitalistischen Ländern würde zur Folge haben, daß damit der gesellschaftliche Antagonismus zwischen den Klassen, zwischen den politisch-sozialen Systemen oder zwischen den Ideologien überbrückt und allmählich gegenstandslos würde. Das Gegenteil ist der Fall. Das Zustandekommen der Verträge mit der BRD und die Welle der internationalen Anerkennung der DDR bestätigen deutlich: Als richtig und als erfolgreich erweist sich die Politik, unsere Republik als sozialistischen Staat weiter zu profilieren, sie in die sozialistische Staatengemeinschaft allseitig zu integrieren und sie gesellschaftlich noch entschiedener von der staatsmonopolistischen Bundesrepublik abzugrenzen.

Nebenbei bemerkt, ist die Abgrenzung eigentlich eine beiderseitige Angelegenheit. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Führung in der BRD zu dieser Frage äußerte beispielsweise der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner Ende Oktober 1972 in mehreren Zeitungs- und Rundfunkinterviews mit den Worten: „Wir haben es mit der Tatsache zu tun, daß auf deutschem Boden zwei verschiedene und miteinander unvereinbare politische Systeme bestehen, ob uns das gefällt oder nicht. Und es erstaunt mich immer wieder“, fuhr er fort, „wenn beinahe im Ton des

Vorwurfs gesagt wird, die Kommunisten in der DDR versuchten, sich uns gegenüber abzugrenzen. Natürlich tun sie das, und wir tun es auf eine andere Weise auch. Die wollen nicht, daß dort Sozialdemokraten regieren, und wir wollen nicht, daß bei uns Kommunisten regieren.“ Soweit Herr Wehner. Was er sagt, ist zwar eine starke Vereinfachung des Problems, aber im Prinzip hat er so unrecht nicht.

Die Einsicht, daß friedliche Koexistenz gesetzmäßig von verschärften geistigen Klassenauseinandersetzungen begleitet ist, setzt sich schrittweise offenbar auch in kirchenleitenden Kreisen in unserer Republik durch. Auf der Synodaltagung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg Anfang November 1972 beispielsweise würdigte Bischof Schönherr im Bericht der Kirchenleitung die Erfolge auf dem Wege zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Europa und bemerkte gleichzeitig: „Wir dürfen allerdings die Augen nicht verschließen vor den politisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten, besonders vor dem weiterhin in aller Schärfe bestehenden Gegensatz zweier Gesellschaftsordnungen. Es wäre unrealistisch, aus der Tatsache der Entspannung und dem Programm der friedlichen Koexistenz, die ein gewisses Maß von Kooperation und gutnachbarlicher Beziehungen einschließt, die Folgerung zu ziehen, daß es nunmehr zu einem unkontrollierten Hin und Her, ja, zum Überschreiten staatlicher Grenzen kommen könnte. Nach Lage der Dinge entspricht der Entspannung die politische und die ideologische Abgrenzung.“ Das ist eine recht realistische Beschreibung der Situation. Es bleibt zu hoffen, daß die Erkenntnisse, die daraus sprechen, in kirchlichen Kreisen weiter Raum gewinnen und daß daraus überall die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden.

Im eigenen Interesse der Kirchen liegt es, wenn sie ihre Eigenständigkeit und ihr Selbstverständnis als Kirchen in unserem sozialistischen Staat weiterentwickeln und festigen. Wichtige Schritte in dieser Richtung haben in den vergangenen Jahren die evangelischen Landes- und Freikirchen durch die Herstellung ihrer rechtlich-organisatorischen Selbständigkeit unternommen. Wir meinen, daß es im Interesse der katholischen Kirche liegt, wenn auch sie die Grenzen ihrer in der DDR gelegenen Bistümer in Übereinstimmung mit den Staatsgrenzen unserer souveränen Republik festlegt und damit jegliche jurisdiktionelle Abhängigkeit von kirchlichen Institutionen in der BRD beendet.

Mit bemerkenswerten Äußerungen haben in jüngster Zeit namhafte Persönlichkeiten und leitende Gremien des kirch-

lichen Lebens die Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft besonders im Hinblick auf das Bemühen um Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie auf die Forderung nach gleichberechtigter Teilnahme der DDR am internationalen Leben unterstützt. Deutlich festzustellen ist auch das Bestreben, die Parteinahme kirchlicher Kreise im antiimperialistischen Kampf weiter zu profilieren. Gute Ansatzpunkte sind gegeben, um eine engere Gemeinschaft mit den Kirchen in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Staaten herzustellen. Das alles kann helfen, den Standort der Kirchen in unserer Republik präziser zu bestimmen.

Ungezählte Gemeindeglieder praktizieren seit langem die schöpferische Mitgestaltung unserer Gesellschaft und bewähren sich dabei immer nachhaltiger als sozialistische Staatsbürger christlichen Glaubens. Gerade diese Gemeindeglieder sind es, die darauf drängen, daß die Kirchenleitungen mehr tun, um sich auf die gesellschaftliche Wirklichkeit in unserer Republik zu orientieren. Viele katholische Bürger beispielsweise haben im Hinblick auf die bevorstehende Pastorsynode in einem „Offenen Wort“ die Hoffnung geäußert, daß ihre Kirche eine positive Bestimmung ihres Standorts in unserem sozialistischen Staat vornimmt und daß sie mit ihren Mitteln und Möglichkeiten seine Friedenspolitik unterstützt. Wir meinen, daß das sehr berechtigte Erwartungen sind.

Was bedeutet für kirchliche Kreise die Aufgabe, sich auf die historische Realität und Perspektive des Sozialismus zu orientieren?

- Das setzt voraus, die humanistischen Prinzipien des Sozialismus in richtiger Weise zu würdigen.
- Das schließt ein, die progressiven Traditionen aus der Vergangenheit von Christenheit und Kirchen aufzugreifen und für die Gegenwart fruchtbar zu machen.
- Das erfordert, alle etwa noch vorhandenen Illusionen im Hinblick auf die Unumstößlichkeit der gesellschaftlichen Veränderungen in unserem Staat endgültig zu überwinden.
- Dazu gehört aber auch, daß alle Versuche, diese oder jene Auffassungen der spätbürgerlichen Ideologie in Kirche und Theologie zu verbreiten, mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Der unaufhaltsame Fortschritt des Sozialismus in der Welt zwingt seine Gegner heute mehr und mehr dazu, sich als

Sozialisten zu verkleiden und sich als Anhänger eines angeblich „besseren“ Sozialismus auszugeben — eine Tendenz im modernen Imperialismus und Revisionismus, auf die bekanntlich schon Lenin aufmerksam gemacht hat. Unter dem Deckmantel von Losungen eines „demokratischeren“ und „menschlicheren“ Sozialismus wollen sie die Kräfte des Fortschritts spalten, den real existierenden Sozialismus diskreditieren und die sozialistische Staatengemeinschaft ideologisch unterwandern. Mit Parolen von einer „pluralistischen“ „Gesellschaft“ versuchen sie, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei in den sozialistischen Staaten zu untergraben und die politisch-moralische Einheit der werktätigen Bevölkerung in unseren Ländern „aufzuweichen“. Die klassenbedingten sozialen, politischen und geistigen Interessengegensätze in der bürgerlichen Gesellschaft führen notwendigerweise zu einem Gegeneinander von grundverschiedenen gesellschaftlichen Kräften, politischen Bewegungen und ideologischen Strömungen. In den sozialistischen Staaten dagegen schließen die Macht- und Produktionsverhältnisse von ihrem Wesen her die Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei zu einer untrennbaren Einheit der Grundinteressen, der politischen Ziele und des gesellschaftlichen Handelns zusammen; hier bestimmt demzufolge die sozialistische Ideologie mehr und mehr das Denken und das Tun der Bürger. Forderungen nach einem „Pluralismus“ im politischen und geistigen Bereich widersprechen daher dem Charakter der sozialistischen Gesellschaft, ja mehr noch: Sie gehen der Sache nach auf die Zerstörung der sozialistischen Gesellschaft aus.

Forderungen nach einer „pluralistischen“ Veränderung unserer Gesellschaftsverhältnisse können bei uns keinerlei gesellschaftlichen Boden finden und müssen entschlossen bekämpft werden. Soweit sie hier oder dort in kirchlichen Kreisen erhoben werden, stehen sie im Widerspruch zu der Tatsache, daß die Bürger christlichen Glaubens immer zahlreicher und immer bewußter ihre Rechte und Pflichten als sozialistische Staatsbürger wahrnehmen. Ihre Entwicklung zu sozialistischen Staatsbürgern christlichen Glaubens und ihr anerkannter Platz in unserer Gesellschaft beruhen auf ihrer praktischen und geistigen Entscheidung für das Neue, auf ihrer Tat für die Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres werktätigen Volkes. Wir christlichen Demokraten stimmen aus eigener Erfahrung völlig mit der Feststellung unseres Freundes Professor Albert Norden in seiner Ansprache auf unserem 13. Parteitag überein, daß sich

auf dieser Grundlage die Zusammenarbeit in der Nationalen Front weiterentwickeln wird.

Nicht zuletzt dem Wirken unserer Partei ist es zuzuschreiben, daß sich in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten im Denken und Handeln von Bürgern christlichen Glaubens in unserer Republik Veränderungen vollzogen haben, die in der Geschichte unseres Volkes kein Beispiel kennen. Wurden Christen in der Vergangenheit nur allzu häufig als eine politische Reserve der Reaktion betrachtet und mißbraucht, so sind ungezählte Christen heute in unserem Staat zu verantwortungsbewußten Weggefährten der Arbeiterklasse und ihrer Partei, zu aktiven Mitgestaltern des gesellschaftlichen Fortschritts in unserem Land geworden, die überzeugt für den Sozialismus und gegen den Imperialismus Partei ergreifen. Damit handeln sie im Sinne ihrer eigenen Interessen, im Sinne der Verpflichtungen, die ihnen aus Ethik und Tradition erwachsen, und im Sinne der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, die unserer Epoche das Gepräge geben. Auf diesem guten Wege gilt es weiter voranzuschreiten.

Bedeutende Erfolge haben wir christlichen Demokraten also durch unser praktisches Beispiel und durch unsere ideologisch überzeugende Arbeit bei parteilosen christlichen Mitbürgern erzielt. Aber das Leben wirft immer neue Fragen auf, die schlüssig beantwortet werden müssen. Das gilt sowohl für die Entwicklung in unserer Republik und in der sozialistischen Staatengemeinschaft insgesamt als auch für den internationalen Klassenkampf. Eben daraus erklärt sich die Forderung, die ideologische Arbeit ständig zu verstärken und ihre Effektivität zu erhöhen. Unsere Losung heißt: Alle erreichen — jeden gewinnen — niemanden zurücklassen! Gerade deswegen haben wir auf unserem 13. Parteitag die Vorstände aufgefordert, mit allen Mitgliedern in den Ortsgruppen politisch zu arbeiten und in der Nationalen Front parteilosen Bürgern christlichen Glaubens zu neuen Erkenntnissen über die Grundfragen unserer gesellschaftlichen Entwicklung und unserer internationalen Politik zu verhelfen.

Den hauptamtlichen Mitarbeitern unserer Partei obliegt dabei naturgemäß eine besonders hohe Verantwortung. Ihnen in erster Linie ist es aufgetragen, allen Freunden in den Ortsgruppen und einer Vielzahl anderer christlicher Bürger politische Zusammenhänge zu erläutern, offen und vertrauensvoll über neue Aufgaben mit ihnen zu sprechen, ihre Fragen zu aktuellen Problemen zu beantworten. Nur wenn wir prinzipienfest und zugleich lebendig zu argumentieren vermögen, werden wir die Herzen und damit auch die Hände

unserer Mitglieder und parteiloser christlicher Mitbürger bewegen können. Wir setzen in unsere hauptamtlichen Mitarbeiter das Vertrauen, daß sie diesen Aufgaben auf der Grundlage der Aussagen unseres 13. Parteitages mit noch größerem Erfolg gerecht werden, und wir wollen alles tun, um ihnen dabei zu helfen.

Hauptinhalt unserer Leitungstätigkeit ist und bleibt also die Arbeit mit den Menschen. Das ergibt sich aus der ausschlaggebenden Rolle des bewußt handelnden Menschen in der sozialistischen Gesellschaft. Die jetzt geforderte neue Qualität in der Leitungstätigkeit verlangt, daß allen ehrenamtlich tätigen Freunden in unseren Vorständen und Ortsgruppen Aufgaben übertragen werden, die an ihre Mitverantwortung appellieren, ihren Fähigkeiten entsprechen und durch deren Lösung ihre sozialistische Persönlichkeitsentwicklung gefördert wird. Die Herausbildung solcher Persönlichkeiten, die gesellschaftlich im Sinne des Sozialismus denken und handeln, ist und bleibt das entscheidende Ziel in der politisch-ideologischen Arbeit unserer Partei. Das ist in besonderem Maße auch Sinn und Zweck unserer Mitgliederversammlungen, unserer Studienzirkel und aller anderen Mittel und Maßnahmen der Kaderentwicklung. Darüber haben wir im Referat und in der Diskussion des 13. Parteitages ausführlich gesprochen.

Die nächste große Bewährungsprobe für die richtige Anwendung der Parteitagsbeschlüsse werden die Jahreshauptversammlungen sein, mit deren Durchführung unsere Ortsgruppen Anfang Februar beginnen. Ihnen hat das Präsidium des Hauptvorstandes in seiner Direktive das Ziel gesetzt, auf der Grundlage des „Rahmenplans für die Arbeit der CDU im Jahre 1973“ alle Mitglieder mit den Aussagen des 13. Parteitages vertraut zu machen, damit sie in ihrem sozialistischen Staatsbewußtsein bestärkt und zu neuen Initiativen bei der Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft veranlaßt werden. Die Jahreshauptversammlungen sollen erreichen, daß alle Ortsgruppen ihren gesellschaftlichen Auftrag immer besser erfüllen und daß jedes Mitglied durch eine zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit in die Lösung der Aufgaben einbezogen wird.

Das verlangt große Anstrengungen — darüber sind wir alle uns klar. Aber gemeinsam wissen wir auch, daß diese Arbeit sich lohnt. Es ist eine Arbeit, die um der Menschen willen geleistet wird — um der Menschen willen, die uns in unserer Partei anvertraut sind, und um der Menschen willen, die wir mit den Aussagen und Erkenntnissen unserer Partei

erreichen und in ihrem politisch-geistigen Wachstum fördern wollen. Es ist eine Arbeit, die um unserer Republik willen geleistet wird — eine Arbeit, die dazu beitragen soll, daß die Hauptaufgabe erfüllt und unser Staat allseitig weiter gestärkt wird. Es ist eine Arbeit, die um des Friedens willen geleistet wird — eine Arbeit, die dazu helfen soll, daß die Kraft des Sozialismus und des Friedens in Europa und in der Welt weiter wächst. Wer diese Zusammenhänge erkennt, wird alles dafür tun, daß die Beschlüsse unseres 13. Parteitages und der II. Hauptvorstandssitzung in jedem Verband der Partei vorbildlich erfüllt werden. Ihnen allen wünsche ich dazu neue Kraft und weitere gute Erfolge.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospišil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 52 Vom Glauben zum Bekenntnis — Aus der Arbeit des gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR
- 54 Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 91 Luitpold Steidle: Das große Bündnis
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 121 Gerald Götting: In christlicher Verantwortung für Frieden und Sozialismus
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz — das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit — Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Rudolf Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit — Glück des Volkes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht — Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen — Grundlage geistlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 145 Edmund Meclewski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 153 Pfarrer Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten Gemeinde

- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas
- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche in Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt
- 166 Günter Wirth: Deutsche Friedenspolitik 1917–1967
- 167 Günter Wirth: Christliche Ethik und sozialistische Wirklichkeit
- 168 Metropolit Nikodim von Leningrad und Nowgorod: 50 Jahre Moskauer Patriarchat (1917–1967). Mit einem Vorwort von Gerald Götting
- 170 Werner Wünschmann: Kultur hilft unser Leben meistern
- 171 Walter Bredendiek: Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik
- 172 Metropolit Nikodim: Auftrag und Verantwortung der Gläubigen bei der Erhaltung des Weltfriedens
- 174 Günter Wirth: Der Leninismus und die bürgerlich-demokratischen Kräfte
- 175 Wolfgang Gudenschwager: Zur Kulturpolitik der CDU 1945 bis 1952
- 176 Gerhard Fischer: Wir haben die Geschichte der DDR mitgeschrieben
- 177 Wolfgang Heyl: Was unsere Parteigeschichte lehrt
- 178 Wladimir Petrowitsch Grenkow: In Freundschaft verbunden
- 179 Carl Ordnung: Christen im Ringen um eine bessere Welt – Zum Selbstverständnis der Christlichen Friedenskonferenz
- 180 Günter Wirth: Karl Liebkecht über Christentum und Kirche
- 182 Werner Wünschmann: Kulturvoll leben – staatsbewußt handeln
- 183 Werner Wünschmann: Für die sozialistische Bildung und Erziehung der jungen Generation
- 184 Der Auftrag der Tschechoslowakischen Volkspartei
- 185 Wladimir Petrowitsch Grenkow: Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte – Zum 50. Jahrestag der Gründung der UdSSR

Verkaufspreis 0,50 M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin